

KOMMENTAR

Es ändert sich ja doch nichts!?



Diese Überschrift schießt vielen in den Kopf, wenn es darum geht, dass Gewerkschaften oder Parteien zu Wahlen aufrufen.

Vor den Wahlen wird viel versprochen, was man ändern will, was man ändern muss, mit wem man zusammenarbeiten will und mit wem nicht. Und oberstes Ziel ist es, das alles besser wird. Die Realität ist dann meist eine ganz andere. Wahlversprechen werden zu Wahlversprechern und um an die Macht zu kommen oder an ihr zu bleiben, werden Koalitionen geschlossen, die man vorher ausgeschlossen hat.

Vollkommen logisch und menschlich nachvollziehbar, dass viele zu dem Schluss kommen, dass es nichts bringt zur Wahlurne zu gehen und seine eigene Stimme einzubringen. **Falsch!** Trotz Frust und Enttäuschung nützt ein Wahlboykott überhaupt nichts. Wer etwas ändern möchte, muss sich auch einbringen und auch zur Wahl gehen.

3. Wahl in vier Jahren

Entweder turnusgemäß alle vier Jahre nach Personalvertretungsgesetz oder nach jeder Umstrukturierung in der Brandenburger Polizei sind alle Polizeibeschäftigten aufge-

rufen, auch die Personalräte neu zu wählen. Und bei uns ist es nicht anders als in der Politik – die Wahlverdrossenheit ist groß.

Die Kolleginnen und Kollegen sind über fehlende Anerkennung ihrer Leistungen, über ständig steigenden Arbeitsdruck mit der Folge eines enorm hohen Krankenstandes und teilweise schlechten Arbeitsbedingungen enttäuscht. Stinksauer sind sie über politisch getroffene Entscheidungen, die an jeglicher polizeilicher Realität vorbeigehen. Das beste Beispiel war der beschlossene Stellenabbau von 1900 Stellen (übrigens unter Schönbohm wurden schon 1700 Stellen abgebaut).

Jeder, der sich ein wenig in der Polizei auskennt weiß, dass damit die Qualität der Arbeit auf dem jetzigen Niveau nicht gehalten werden kann und vor allem, dass die Strukturreform nicht umsetzbar ist. So wird plötzlich zum Landtagswahlkampfthema die Polizeipräsenz in der Fläche, die kaum noch vorhanden ist, die sich ständig verlängernden Interventionszeiten – insbesondere in ländlichen Gebieten – sowie steigende Kriminalität und steigendes Verkehrsunfallgeschehen. Jetzt wird hektisch nachgesteuert – stattdessen 7800 Stellen 2020. Was heißt das aber? Das heißt, dass gegenüber dem jetzigen Personalbestand trotzdem mindestens weitere 425 Stellen abgebaut werden. Der Personalabbau ist also nicht gestoppt, sondern er wird nur verlangsamt.

Und was jetzt strukturell gerade noch so funktioniert, wird 2020 noch weniger funktionieren. Alle diese politischen Entscheidungen werden auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen und viele ihrer Vorschläge und Ideen verhallen ungehört.

Gerade deshalb!

Jetzt sind starke Gewerkschaften und starke Personalräte gefordert. Die GdP stellt sich seit Jahren dieser

Herausforderung und wir werden es auch in Zukunft tun. Wir haben klare Konzepte, wir beziehen in die Entscheidungsfindungen die Meinungen unserer Mitglieder ein und wir machen politischen Druck mit all den uns zur Verfügung stehenden Mitteln.

Politik braucht Druck!

Diesen Spruch bringe ich immer wieder. Nicht weil er gut klingt, sondern weil er Realität ist.

Es ist noch kein Finanzminister gekommen und hat gefragt, ob wir mehr Gehalt, Beförderungen oder Stellen wollen. Auch die Evaluierung der Polizeistruktur, die in diesem Jahr ansteht, wird uns fordern und wir wollen uns aktiv einbringen, ohne Wunder zu versprechen. Aber die Meinung derer artikulieren, die an dieser Struktur arbeiten. Deshalb brauchen wir starke Personalräte.

Freie Listen

Ich habe lange überlegt, ob ich folgenden Seitenhieb bringe. Ich bringe ihn dennoch ganz bewusst.

Mittlerweile ist es zur traurigen Realität geworden, dass zu den Personalratswahlen auch sogenannte Freie Listen entstehen. Sie behaupten, dass sie frischen Wind bringen, unbequeme Fragen stellen und dass es ihnen nicht darum geht, einen eigenen Posten zu sichern, sondern die Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Alle Kolleginnen und Kollegen auf der sogenannten Freien Liste hatten die Möglichkeit, sich, wie unsere GdP-Kolleginnen und -Kollegen auf den GdP-Listen einer Wahl zu stellen. In der GdP gilt der Grundsatz, jeder, aber auch wirklich jeder Kandidat muss von seiner eigenen Kreisgruppe vorgeschlagen werden, muss sich einer Wahl stellen (häufig auch sogar geheime Wahl) und die Rang-

Fortsetzung auf Seite 2

KOMMENTAR

Fortsetzung von Seite 1

folge wird zum Schluss durch das höchste Gremium – nämlich den Gewerkschaftsbeirat der GdP – festgelegt. Noch demokratischer geht es nicht. Aber dann kommen Kolleginnen und Kollegen, die sich dieser Wahl nicht stellen wollen oder die mit ihrem Listenplatz unzufrieden sind, auf den sie ihre eigenen Kolleginnen und Kollegen gewählt haben und eröffnen eine Freie Liste. Im Klartext heißt es, dass sie sich nicht der Wahl der Basis stellen, dass sie nicht bereit sind, ein Wählervotum in der Mitgliederversammlung zu akzeptieren,

aber anschließend behaupten, dass sie der Heilsbringer sind. Es geht also nicht um Interessenvertretung, sondern nur um Postensicherung.

GdP-Personalräte – für dich im Einsatz!

Unter dieser Überschrift wollen die Kolleginnen und Kollegen, die sich dem Votum der Basis gestellt haben, die von ihnen nominiert wurden, einbringen in Strukturveränderungen, in Beurteilungs- und Beförderungsprozesse, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und konsequent für die

Einhaltung des Arbeitsschutzes eintreten.

Meine Bitte ist, geht zur Wahl, stärkt die GdP-Personalräte, damit wir uns konsequent einbringen können. Die Gegenseite beobachtet genau, wie viele zur Wahl gehen und wer gewählt wird. Und sie fürchten starke Personalräte, wenn sie auch immer behaupten, sie wollen starke Gewerkschaften. Sobald es diese gibt, ändert sich ihre Meinung. Umso wichtiger ist es, dass wir mit einer Stimme konsequent Mitgliederinteressen vertreten.

Andreas Schuster,
Landesbezirksvorsitzender

AKTUELLES

Was sonst so passierte ...

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagebuches“ auszugsweise aus der Arbeit der GdP-Zentrale in Potsdam.

Januar 2014

3. Januar 2014

Unser Landesdelegiertentag rückt immer näher. Die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung dieser alle vier Jahre stattfindenden Großtagung berät in der Geschäftsstelle.

6. Januar 2014

Landesdelegiertentag: Die Antragsberatungskommission berät zu den eingegangenen Anträgen an den Landesdelegiertentag und gibt Beschlussempfehlungen. Auch führt sie eine Beschlusskontrolle zu den Anträgen des vorrangegangenen Landesdelegiertentages 2010 durch.

15 Uhr: Beratung der Rechtsschutzkommission.

8. Januar 2014

In der Geschäftsstelle der GEW beraten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Vorbereitung eines neuen Tarifvertrages Verwaltungsumbau. Die Verhandlungen zu diesem werden Mitte Februar 2014 aufgenommen.

In der Geschäftsstelle werden 325 Ordner für unsere Junge Gruppe angeliefert. D. h. für uns reichlich Kartons schleppen.

9. Januar 2014

Das Redaktionsteam Personalratswahlen tagt in der Geschäftsstelle.

13. Januar 2014

Dieser Tag steht ganz im Zeichen der Finanzen. Früh beginnen die Kasensprüferinnen ihre Prüfungen zum Buchungsjahr 2013. Mit unserem Landeskassierer bereiten wir den Jahresabschluss 2013 vor und erar-

beiten den Entwurf für das Haushaltsjahr 2014.

15. Januar 2014

Eine Potsdamer Druckerei hatte für uns die Anträge an und den Geschäftsbericht für unseren Landesdelegiertentag gedruckt. Sie liegt auf meinem Weg; also hole ich sie dort ab.

Innenministerium und Polizeipräsidium geben eine Pressekonferenz zum Thema „Polizeireform – Streifen dienst stärken“. Wir reagieren parallel mit einer Presseerklärung.

16. Januar 2014


Der Arbeitstag beginnt mit Kartons schleppen ;-) Für 9 Uhr hat sich Hilfe angesagt, 79 Ordner für unsere Mandatsdelegierten (Landesdelegiertentag) zu packen. Parallel werden die Einladungen für diese gepackt und am Nachmittag zur Post gebracht. Unsere Briefwaage weicht scheinbar von der bei der Post ab. Ich muss 79 Briefmarken nachkleben. Toll!

17./18. Januar 2014

Für in unserer GdP besonders aktive Kolleginnen und Kollegen veranstalten wir einen Event der besonderen Art. 13 Uhr startet der Bus. Besuch der Teigwarenfabrik Riesa.

20. Januar 2014

Wir erarbeiten unsere Stellungnahme zum Entwurf der Erholungsurlaubs- und Dienstbefreiungsverordnung. 2. Stufe der Beteiligung der Gewerkschaften. Erfolg: Unserer Anregung im Rahmen der ersten Stufe der Beteiligung zur Aufnahme einer Dienstbefreiung für die Geburt des leiblichen Kindes (nicht nur für Ehe-



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuer
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



AKTUELLES

paare) wurde entsprochen! Wichtig: Die Ansprüche für die Mehrtage Erholungsurlaub aus den Jahren 2011, 2012 und 2013 (Beseitigung der Altersdiskriminierung bei der Berechnung des Urlaubsanspruches für lebensjüngere Kolleginnen und Kollegen) werden mit dieser Änderung der EUrlDbV gesichert.

22. Januar 2014

In der Geschäftsstelle berät der Fachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht.

Wir versenden die Einladungen für die Gäste zu unserem Landesdelegiertentag.

23. Januar 2014

Im Landtag wird zu einem Antrag der Brandenburger CDU zur Situation in der Polizei debattiert. Ich verfol-

ge die Diskussion per Livestream im Internet. Anschließend erarbeiten wir eine Pressemitteilung genau zu diesem Thema, die am 27. Januar früh rausgehen soll.

Mittags findet eine Beratung in Vorbereitung unserer Fachtagung Gesundheitsmanagement (30. Januar 2014) statt.

27. Januar 2014

Gleich früh geht die Pressemitteilung (siehe 23. Januar) raus. Parallel dazu wird die gleichlautende Info auf unserer Homepage „scharf gemacht“.

29. Januar 2014

Sitzung des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes in Michendorf, im Tagungsobjekt unserer Fachtagung Gesundheitsmanagement am nächsten Tag. Gleich im Anschluss

(20 Uhr) treffen sich die Moderatoren und die bereits angereisten Gäste aus Niedersachsen, um letzte Vorbereitungen für die Fachtagung zu treffen.

Die SPD-Fraktion verkündet im Ergebnis ihrer Klausurtagung die Korrektur der „Zielzahl“ Polizei 2020 von 7000 auf „mindestens 7800“.

30. Januar 2014

Noch vor Beginn der Fachtagung reagieren wir mit einer Presseerklärung auf die Entscheidung der SPD-Fraktion.

10 bis 16 Uhr Fachtagung Gesundheitsmanagement mit 60 Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei des Landes Brandenburg und zahlreichen Gästen. Zur Präsentation der Ergebnisse ist Innenminister Ralf Holzschuher dabei.

Michael Peckmann

FACHTAGUNG

„Gesundheit, oder wie krank sind wir“

... so lautete der Titel unserer Fachtagung zum Gesundheitsmanagement in der Brandenburger Polizei, an der über 60 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen.

Hier eine erste Nachbetrachtung: Nach einschlägigen Definitionen ist Gesundheit ein angenehmes und durchaus nicht selbstverständliches Gleichgewichtsstadium von Risiko- und Schutzfaktoren ... Gelingt das Gleichgewicht, dann kann dem Leben Freude und Sinn abgewonnen werden, es ermöglicht eine produktive Entfaltung der eigenen Kompetenzen und Leistungspotenziale und es steigt die Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu integrieren und zu engagieren.

Soviel zur Theorie. Aber was bedeutet dies für uns im täglichen Dienst und wie können wir erreichen, dass unser „inneres Gleichgewicht“, also das, was Gesundheit ausmacht, gehalten oder wieder erreicht wird. Es standen also mehr Fragen als Antworten im Raum. Und uns war klar, dass die Fachtagung nicht alle Fragen beantworten konnte und bestimmt auch noch eine Vielzahl neuer Fragen aufwerfen würde.

Im ersten Block bekamen wir in vier sehr fundierten Vorträgen unserer Gäste und Experten einen Überblick über das, was ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement ausmacht, schauten über den „Tellerrand“ nach Niedersachsen, lauschten den Aus-

führungen zu Konzepten einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege und bekamen einen emotionalen Einblick zu den psychischen Belastungen und Suchtgefährdungen in unserer Polizei.

Arbeitsgruppenarbeit

Nach der Mittagspause standen dann in den Arbeitsgruppen wieder die vielen Fragen im Vordergrund.

- Wie gehen Betriebliches Eingliederungsmanagement und Überprüfungen zur Polizeidienstfähigkeit zusammen?
- Welche Maßnahmen brauchen wir, um Beruf - Kinder - Pflege besser oder überhaupt zu vereinbaren?
- Wie schaffen wir es, die Spirale der ständig steigenden Fehlzeiten zu durchbrechen und die hohe Zahl der Langzeiterkrankten zu reduzieren, ohne gleich Zwangspensionierungen durchzuführen?
- Und wie können wir die arbeitsbedingten psychische Belastungen, die einerseits unser Polizeiberuf mit sich bringt, aber auch die psychischen Belastungen aus der Arbeitsorganisation und im Umgang miteinander verringern?

Es wurde schnell klar, dass die Zeit bei der Themenvielfalt nicht ausreichen würde. Dennoch schafften es die Arbeitsgruppen in ihren Präsentatio-

nen vor Innenminister Holzschuher, klare Ziele und Vorschläge darzustellen.

Hier eine kleine Auswahl:

- Schaffung verbindlicher Standards, personelle Umsetzung, verbesserte Rahmenbedingungen durch Bereitstellung von Ressourcen für die Umsetzung des Gesundheitsmanagements
- Einrichtung von Servicestellen „Beruf und Familie“ bzw. Etablierung von sozialen Ansprechpartnern in den Dienststellen
- Entwicklung von sozialen Netzwerken innerhalb der Polizei mit Informationsmaterialien und Hilfsangeboten
- Aufbau einer stabilen Vertrauenskultur durch Verbesserung der sozialen Kompetenz auf allen Ebenen
- Durchführung von so genannten Diagnose-Workshops vor Ort

In den Diskussionen wurde auch deutlich, dass sich viele Kollegen nur unzureichend beteiligt, gehört und bei den Veränderungsprozessen nicht mitgenommen fühlen. Sie beklagen eine zu geringe Wertschätzung und zu geringe Entwicklungsmöglichkeiten. Dies schlägt sich teilweise in Gleichgültigkeit und fehlender Identifikation mit der Organisation nieder. Konzepte, wie die Personalentwicklungskonzeption und Rahmenverein-

Fortsetzung auf Seite 4



FACHTAGUNG

Fortsetzung von Seite 3

barungen wie z. B. zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung liegen zwar vor, stoßen aber an organisatorische Grenzen oder werden einfach nicht gelebt.

Deshalb brauchen wir ein ganzheitliches und nachhaltiges Gesundheitsmanagement, das zum einen beim Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ansetzt mit dem Ziel der Stärkung von Gesundheitsbewusstsein und Gesundheitskompetenz. Zum anderen sollen die Verhältnisse im Sinne des Arbeits- und Gesundheitsschutzes durch gezielte Gefährdungsbeurteilungen, regelmäßige Überprüfungen von Organisationsabläufen und durch die aktive und passive Stärkung der Eigensicherung verbessert werden.

Dies geht nur, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Und hier



Großes Interesse an der Fachtagung der GdP.

Bild: J. Göhring

wollen wir ansetzen, für mehr Verständnis und Miteinander.

Dazu war die Fachtagung „nur“ der Startschuss ... wir berichten weiter!

Jörg Göhring

MEINUNG

Interventionszeiten der Polizei

Ein neues Jahr und immer wiederkehrend alte Fragen.

Innerhalb der Polizei des Landes Brandenburg gibt es immer wiederkehrend mal ein neues, aber eigentlich altes polizeiliches Ziel. Zurzeit heißt dieses Ziel „Interventionszeiten“.

Einleitend möchte ich darauf verweisen, dass die gegenwärtig angewandten Interventionszeiten von den Bestimmungen des Rettungsdienstgesetzes des Landes Brandenburg vom 14. August 2008 abgeleitet wurde. Seither hat sich das polizeiliche Ziel, diesen Interventionszeiten weiter zu entsprechen, zwar nicht verändert, aber die Hygienefaktoren zur Erreichung dieses Ziels sind nicht mehr vergleichbar und schon gar nicht mehr anwendbar.

Die materiellen und personellen Voraussetzungen haben sich seit Inkrafttreten der Interventionszeiten flächendeckend für den Bereich des Polizeipräsidiums Land Brandenburg aus meiner laienhaften Sicht, fast halbiert. An den Standorten der ehemaligen Wachen sind von dem in der Regel zwei Fustkw meist nur noch ein

Fustkw verfügbar. In einsatzarmen Zeiten konnte man auch schon einmal feststellen, dass eine Fustkw-Besatzung von zwei Beamten aus zwei Revieren erst zusammengeführt werden musste.

In Bereichen der Autobahnpolizei sind diese Einsparungen noch viel besser zu sehen. Aus ehemals vier Streifenbezirken beispielsweise im Bereich des heutigen APR Bernau sind mittlerweile nur noch zwei definiert, die weiterhin auch nur noch strukturmäßig durch zwei Funkmittel bedient und abgesichert werden. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die Streifenbereiche des APR Fürstentwale. Hier hat sich die Anzahl der Streifenbereiche um einen Bereich, den südlichen Berliner Ring, zwar verringert, aber dafür die Einsatzfähigkeit allein auf der BAB 12 vervielfacht.

Die Ursachen hierfür liegen auf der Hand. Eine Vielzahl von Einsätzen im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Kriminalität, Tankdiebstähle, Kfz-Verschlebung, Ladungsdiebstähle usw. sowie eine Zunahme der Unfälle an Baustellen, i. V. m. den

Verkehrsabsicherungen an Baustellen und Verkehrsunfällen zur Verhütung von Folgeunfällen, Ableitung des Individualverkehrs bei Sperrungen von Richtungsfahrbahnen/Vollsperrungen der BAB nach Verkehrsunfällen und immer wieder neu, Bombenentschärfungen.

Nicht gerade lageentschärfend ist die Verdreifachung des reinen Güterkraftverkehrs in Deutschland und Europa. Die Zahlen dieser These ergeben sich aus den Strukturpapieren der Deutschen Bahn, durch die sich die Entwicklung des Güterkraftverkehrs in Verbindung mit der wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland ableiten lassen. Diese Entwicklungsprognose lässt sich weiterhin auf den BAB durch die Zahlen der Verkehrszählungen des Landesbetriebs für Straßenwesen untermauern und somit erhärten. Diese Entwicklung kann nicht nur eins zu eins auf alle Bereiche der Autobahnpolizei gespiegelt werden, sondern ist auch auf den BAB-nahen Bundesstraßen und Querverbindungen zwischen zwei Autobahnen erheblich zu spüren.



MEINUNG

Dass sich die Anfahrtswege und hieraus resultierend auch die Interventionszeiten verlängern, ist nicht nur der Verlängerung der Streifenbereiche geschuldet, sondern auch zunehmend der Verringerung der Einsatz-Fahrgeschwindigkeit infolge der Vielzahl der Baustellen und den damit einhergehenden Staubildungen. Ein weiteres Problem auf der BAB (abgesehen davon, dass sich die Einsatzkräfte immer auf der falschen Richtungsfahrbahn befinden und erst an der nächsten Anschlussstelle drehen müssen) ist, dass sich die Beamten grundsätzlich am Stau vor dem Unfall „ANSTELLEN MÜSSEN“.

Der Begriff „RETTUNGSGASSE BILDEN UND HALTEN“ ist aus den Köpfen der Kraftfahrer leider verlustig gegangen. Ein Ausweichen auf die Gegenfahrbahn ist bei uns nicht möglich. Ein Einfahren in den BAB-Abschnitt entgegengesetzt der Fahrtrichtung vor Eintreffen des ersten polizeilichen Einsatzmittels kann tödlich sein. Ich bin davon überzeugt, dass, wenn wir mit den Mitteln der Verkehrswacht unsere Thementafeln an den Autobahnen mal wieder mit der Aufforderung zur „Bildung einer Rettungsgasse“ thematisieren würden, könnten wir hier wieder einen Automatismus bei einer Vielzahl von Fahrzeugführern erreichen, welcher nicht nur unsere Interventionszeiten nach unten korrigiert und dazu noch Leben rettet.

Nun wurde mir ein neuer Gedanke zugetragen: „Bei der Auftragsverteilung entsprechend der Entfernung zum Einsatzort die Auftragsverteilung auf alle Funkmittel auszurichten.“

Zu diesem Punkt gebe ich Folgendes mit Nachdruck zu bedenken:

Aufgrund der besonderen Lage und Anforderungen auf der BAB sind hier auch vorwiegend Funkmittel der zuständigen Autobahnpolizei einzusetzen und nur im Ausnahmefall Funkmittel der angrenzenden PI zulässig. Dieser Ist-Zustand ist aufgrund der spezifischen Fahrzeug- und Mannausstattung sowie der Ausbildung und des Gefahrenbewusstseins der Kollegen auch korrekt so und darf auf keinen Fall reformiert und schon aus Fürsorgegründen gegenüber den Bediensteten nicht verändert werden.

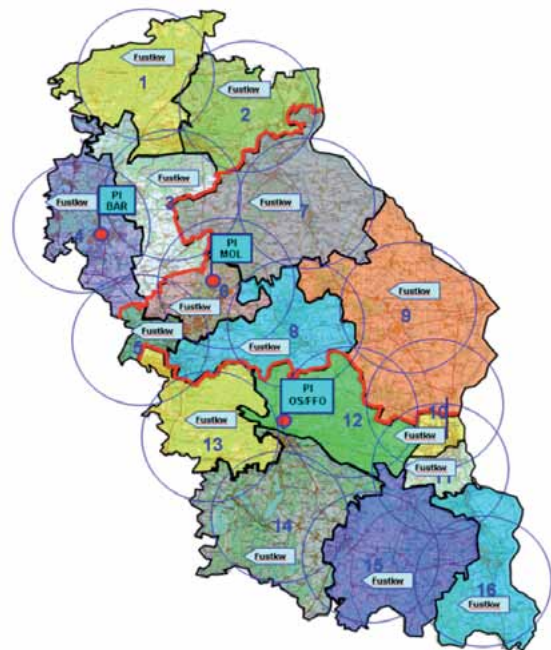
Ein Vergleich, allein ausgehend von der Beurteilung des Risikos im Verhältnis mit den teils starren Handlungsabläufen in der Arbeit des WWD der Landwachen, ist schwerlich tauglich, hier ergebnisorientierte Rückschlüsse zu ziehen, da die polizeilichen Maßnahmen auf der BAB insbesondere extrem interaktiv sind.

Ich bin davon überzeugt, dass der Ist-Zustand innerhalb der Autobahnpolizeien gegenwärtig nur noch ein Funktionieren darstellt und auf Dauer und vor allem bei einer ehrlichen Analyse der Einsätze eine Erhöhung der Interventionszeiten oder ein Ausschluss der BAB-Einsätze aus der Wertung unumgänglich ist.

Allein die Anwendung des grafischen Kreismodells über den Polizeistandorten zur Ermittlung der Schnittmengen und Errechnung der Interventionszeiten ist bei der Zuständigkeit einer AP über einen Bereich von vier PI und dazu gehörend einer Vielzahl von Revieren, gar nicht möglich.

Abschließend warne ich davor, dass der Druck zur Einhaltung bzw. Verringerung von Interventionszeiten zu missbräuchlicher Nutzung von Sonder- und Wegerechten führt, was zu einer unzulässigen Erhöhung der Eigen- und Fremdgefährdung führen kann.

Radam



Streifenbezirke Polizeidirektion Ost (15-km-Reaktionsradius)

NACHRUFE

Ein lieber Kollege hat uns verlassen

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb am 13. Januar 2014 unser lieber Kollege und Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, **Polizeiobmeister Fred Fenske**, im Alter von nur 49 Jahren.

Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt seinen Hinterbliebenen.

Die Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Süd, wird dein Andenken, lieber Fred, in Ehren halten.

Wir trauern um

Polizeihauptkommissar Roger Strube

Tief betroffen macht uns die Nachricht über den plötzlichen Tod unseres Kollegen der Revierpolizei Cottbus.

Er verstarb am 17. Januar 2014 im Alter von nur 56 Jahren. Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt den Hinterbliebenen.

In ehrendem Gedenken
Holger Schiffner
Cottbus, im Januar 2014

TAUSCHGESUCH

Wir sind zwei Polizeibeamte aus dem gehobenen Dienst (PK/PK'in) in Hessen und würden gerne so schnell wie möglich wieder in die Nähe unserer Heimat (Dessau – Sachsen-Anhalt) zurück. Da wir ein Pärchen sind, brauchen wir zwei Tauschpartner zum Wechseln. Bei Interesse bitte melden unter:

thomas.hotsauce.nickel@gmx.de,
Tel.: 01 63/7 38 45 35
franziska-locker@web.de,
Tel.: 01 63/7 21 23 14



Personalratswahl 2014 | Örtlicher Personalrat - Beamte

Liste 1

Fachhochschule Polizei Brandenburg

Für Dich im Einsatz: GdP-Personalräte

Jano Heinrich, Mathias Ziolkowski, Timo Greil, Frank Granzow, Andrea Hetzer, Daniel Sauer, Daniel Rex, Diemo Nimptsch, Jörg Pohl, Frank Schwochow, Axel Franke, Torsten Schäfer, Jürgen Anke, Frank Kullak, Janine Beil, Bodo Böhlemann, Thomas Krug, Raimo Ermler, Michael Seidenschwanz, Frank Klinkert, Karina Landmann, Anita Kirsten, Hans-Georg Kielau, Matthias Teichert, Thomas Friedrich, Mike Hartwich, Christian Welker, Matthias Hecht

13./14. März 2014



GdP

FH Polizei



Personalratswahl 2014 | Jugend und Auszubildendenvertretung

 Matthias Arndt AB 01/2013	 Felix Bach BA 05/2013	 Sebastian Berndt BA 04/2013	 Guido Beyer AB 02/2013	 Monique Bobik AB 02/2013	 Katharina Deters BA 05/2013	 Martin Diener AB 02/2012	
 Alice Döring BA 02/2013	 Sami El-Sabkawi BA 02/2013	 Christian Gritzan AB 01/2012	 Laura Grüger AB 01/2011	 Lisa Hänicke AB 02/2011	 Hans Hanitzsch BA 03/2013	 Diane Hartmann BA 02/2013	
 Julia Hartstock BA 03/2013	 Steven Höhne BA 02/2012	 Constanze Holzapfel BA 02/2012	 Stephan Horn AB 01/2012	 Tobias Kollmer AB 03/2013	 Arlena Kurzer BA 01/2013	 Robert Lebe BA 01/2012	
 Matthias Lehmann BA 04/2012	 Denny Lukas AB 02/2013	 Saskia Nätke BA 04/2012	 Richard Paulo BA 01/2012	 Rocco Prielipp BA 02/2011	 Alexander Rettkowski BA 01/2013	 Christin Reuther BA 04/2013	
 Jil Richter BA 01/2012	 Florian Richter AB 02/2013	 Anna Rothe BA 01/2011	 Henrik Schadow AB 04/2013	 Marco Schilsky AB 02/2013	 Sheila Schlaak AB 03/2013	 Martin Schreiber BA 02/2011	
 Marie Michelle Sölle BA 01/2013	 Christian Stehno AB 01/2013	 Anna Taschner BA 03/2013	 Diana Toleikis AB 03/2013	 Stefanie Ulitzka AB 01/2012			
 Petrit Vellqi BA 04/2013	 Paula Weide BA 03/2011	 Alisa Wenzel BA 05/2013	 				

13./14. März 2014

Für Dich
im Einsatz:
GdP-Personalräte

FH Polizei

(Namen in alphabetischer Reihenfolge)



Personalratswahl 2014 | Örtlicher Personalrat - Arbeitnehmer



Ina Niklaß



GdP



**Fachhochschule
Polizei Brandenburg**

13./14. März 2014



FH Polizei

PERSONALRATSWAHLEN

Ist das noch Demokratie??

Die Personalratswahlen werfen ihre Schatten voraus – die Aktivitäten vieler nehmen zu. Die Gewerkschaften und Berufsverbände stellen Kandidaten auf und bereiten Listen vor.

In der Gewerkschaft der Polizei, und nur dafür kann ich sprechen, wurden in allen Untergliederungen Versammlungen durchgeführt, Kandidaten aufgestellt und durch die Mitglieder gewählt – auch in der entsprechenden Rangfolge. Dann erfolgte eine große Versammlung – die Beiratsitzung, auf welcher alle Kandidaten für den GPR und den PHPR in einer Reihenfolge für den jeweiligen Personalrat auf die Vorschlagsliste der GdP gewählt wurde. Hier ging es in der Hauptsache nach der Anzahl der zu vertretenden Mitglieder und danach, dass alle Organisationseinheiten vertreten sind. Somit hatte JEDER eine Möglichkeit, sich einzubringen. Wenn er wollte – wie im richtigen Leben.

Das ist Demokratie!!

Ich denke mir, dies wird auch in den anderen Gewerkschaften/Berufsverbänden so gehandhabt.

Warum schreibe ich das jetzt so? Durch irgendwelche „Kanäle“ kam ein Schreiben zu mir, in welchem für eine „Unabhängige Liste Personalvertretung 2014“ geworben wird. Im ersten Moment sagte ich mir – ja, das ist Vielfalt! **Das ist Demokratie!!**

Dann habe ich mir die Namen und die Schwerpunkte angesehen. Jetzt verstand ich nichts mehr. Was ist das

denn? Unser Spitzenkandidat der GdP des ZDPol für die Beamten im PHPR – gewählt auf einer Mitgliederversammlung, ein Mitglied des Kreisgruppenvorstandes – der sich aktiv in die Arbeit der GdP einbringen wollte, Schwerpunkte setzen und für „frischen Wind“ sorgen wollte?? Der steht auf einmal auf einer unabhängigen Liste und wirbt in dem Anschreiben für Unterstützerunterschriften damit, dass die „alteingesessenen Berufsvertretungen“ lange Listen mit Wunschkandidaten haben und die vorderen Plätze bereits belegt sind?? **Er war unser Wunschkandidat, hat sich aufstellen und wählen lassen – auf einem vorderen Platz für den PHPR – den ersten Platz für den Zentraldienst!!** Dieser war ihm sicher nicht weit genug vorne ... Und dann noch zu schreiben, weil es verschiedene Gewerkschaften sind auf dieser Liste, geht es nicht um ein einzelnes Klientel, sondern um eine gemeinsame Sache!! Er war für eine gemeinsame Sache in einer Gewerkschaft mit über 7000 Mitgliedern nominiert – auf einem Spitzenplatz!!! Aber wohl nicht weit genug vorne ...

Dann habe ich mir die Inhalte angesehen – fast alles Punkte, die auch die einzelnen Gewerkschaften/Berufsvertretungen auf ihrer „Liste“ haben. Ich würde sogar noch weitergehen, diese Personalentwicklungskonzeption umzusetzen ist eine Sache – wir haben sie mitgestaltet. Auch er, als ein Teil dieser GdP!! Einen Dis-

sens haben wir allerdings wirklich – wir wollen diese Leistungsprämien- und Leistungsstufenverordnung nicht zur Anwendung bringen! Ist das etwas Schlimmes? Ich sage nein, denn dieses Geld kommt aus dem selben Topf wie alle Personalausgaben, Beförderungen, Höhergruppierungen, befristete und unbefristete Einstellungen (z. B. IT-Fachleute für uns). Diese Geld-Prämie wäre schön, ja, aber jede Prämie verringert somit automatisch die Anzahl der sowieso schon zu wenigen Beförderungen/Höhergruppierungen. Und wer bekommt sie? Der mit der besten Beurteilung? Und unser Finanzminister würde sich freuen. Belastet die Prämie den Haushalt ja nur einmal. Eine Beförderung wirkt aber jeden Monat, jedes Jahr bis zur Pensionierung und ist Ruhegehaltsfähig – die Prämie nicht!

Wenn ich dieses Verhalten zusammenfasse und gegenüber allen anderen Mitgliedern, auch denjenigen, die ihn auf den Spitzenplatz des ZDPol gewählt haben, vertreten soll – dann gebe ich zu, dass kann ich nicht!! **Das ist keine Demokratie!!** Wenn ich dann noch weitergehen würde – alles Kandidaten aus einem ganz kleinen, speziellen Bereich – **die garantieren wirklich Vielfalt!!** Ich versteh nicht viel davon, aber das ist für mich purer Eigennutz. Mögen andere entscheiden – dafür gibt es ja Wahlen!!

**Peter Kirchhoff,
Kreisgruppenvorsitzender ZDPol**

